



Landeshaus Sozialausschuss
Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende des Sozialausschusses
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5823

13.01.2026

**Schriftliche Stellungnahme des Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V. zum Bericht
über die Situation kinderreicher Familien in Schleswig-Holstein Bericht der
Landesregierung Drucksache 20/3360**

Als Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e. V. bringen wir unsere langjährige Beratungserfahrung mit Frauen in mehrfach belasteten Lebenslagen in die Anhörung ein. Unser Fokus liegt auf der Verbindung von Erwerbsarbeit, Care-Verantwortung und sozialer Teilhabe. In Anlehnung an feministische Analysen – u. a. von Theresa Bücker – gehen wir davon aus, dass Care-Arbeit unter den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen strukturell entwertet wird. Diese Logik prägt die Lebensrealitäten kinderreicher Familien und trifft Frauen in besonderem Maße. Die strukturelle Ermöglichung von Bildung und Erwerbstätigkeit für Mütter ist ein zentraler Hebel zur Vermeidung von Kinderarmut und deren Weitergabe über Generationen hinweg. Diese Einschätzung deckt sich mit sozialwissenschaftlichen Befunden zur intergenerationalen Weitergabe von Armuts- und Bildungsrisiken.

Der Bericht der Landesregierung (Drs. 20/3360) zeigt zutreffend, dass kinderreiche Familien überdurchschnittlich von Armut, eingeschränkter Erwerbsbeteiligung und Transferleistungsbezug betroffen sind. Aus unserer Sicht bleibt jedoch unzureichend berücksichtigt, dass diese Risiken überwiegend von Frauen getragen werden – insbesondere von migrantischen Müttern und Alleinerziehenden – und dass viele der benannten Maßnahmen in der Praxis nicht wirksam ankommen.

Aus unserer Beratungspraxis ergeben sich folgende konkrete Handlungsempfehlungen an die Landespolitik:

Handlungsempfehlungen

1. Praktische Wirksamkeit bestehender Betreuungsmaßnahmen sicherstellen

Der Sozialausschuss sollte prüfen, wie landespolitisch beschlossene Maßnahmen (z. B. Kita-Deckel, Ganztagsausbau, Geschwisterermäßigungen) in der Praxis tatsächlich zugänglich werden. Insbesondere notwendig sind:

- verbindliche Regelungen zu Ferien- und Notfallbetreuung,
- transparente und verlässliche Kostenübernahmen (z. B. im Hort),
- eine Betreuungsgarantie als Voraussetzung für Bildung, Ausbildung und Arbeit – nicht erst als deren Folge.

2. Schulische Strukturen care-kompatibel gestalten

Das Land sollte seine Steuerungsmöglichkeiten nutzen, um Schul- und Unterrichtszeiten für Eltern flexibler zu gestalten. Sehr frühe Schulbeginne (z. B. 7:50 Uhr) und starre Präsenzmodelle schließen Mütter mit mehreren Kindern faktisch von Bildungswegen aus. Notwendig sind:

- spätere oder flexible Schulstarts,
- alternative Zeitmodelle für den nachholenden Schulabschluss (zB VHS vormittags),
- stärkere Verzahnung von Schule und Betreuung.

3. Sprach- und Qualifizierungsangebote an Familienrealitäten anpassen

Sprachkurse und Maßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass krankheitsbedingte Fehlzeiten von Kindern und Schulferien mitgedacht werden. Der Ausschuss sollte prüfen, wie Anwesenheits- und Prüfungsregelungen landesweit flexibilisiert werden können, um Abbrüche zu vermeiden und Bildungsabbrüche nicht strukturell zu produzieren.

4. Teilzeit-Ausbildung systematisch auch schulisch ermöglichen

Während Arbeitgeber*innen Teilzeit-Ausbildungsmodelle zunehmend mittragen, scheitern diese häufig an den Strukturen der Berufsschulen. Hier sollte das Land:

- schulische Rahmenbedingungen an Teilzeitmodelle anpassen,
- Berufsschulen gezielt bei der Umsetzung unterstützen,
- Teilzeit-Ausbildung als gleichstellungspolitisches Instrument stärken.

5. Finanzielle Absicherung von Ausbildung und Qualifizierung für Eltern verbessern

Der Ausschuss sollte prüfen, wie landesseitig verhindert werden kann, dass Ausbildung und Qualifizierung für Eltern – insbesondere bei späterem Einstieg – zu finanziellen Risiken führen. Ziel muss sein, Abbrüche aus Existenzsicherungsgründen zu vermeiden.

6. Unterstützung selbstständiger Eltern/ Mütter gezielt in den Blick nehmen

In der Beratung selbstständiger Mütter zeigen sich spezifische Hürden, wie z. B. die Familienkrankenversicherung, die Alleinerziehende ausgrenzt, der erschwerte Zugang zu finanziellen Mitteln i.R. des Mutterschutzes und Elterngeld, Vereinbarkeit von Gründung/ selbstständiger Arbeit und Care-Arbeit. Schon der Start in die Selbstständigkeit kann problembehaftet sein, wenn Finanzkapital benötigt oder auch das Aufrechterhalten dieser, wenn frau während der Selbstständigkeit schwanger wird. Mütter können aufgrund ihrer Erwerbsbiografie und –brüche weniger Vermögen aufbauen, auch der Zugang zu

Fördermitteln ist ihnen stark erschwert. Der Ausschuss sollte sich mit den folgenden Punkten befassen:

- Gerechte Verteilung der Carearbeit auf beide Partner*innen und Anerkennung der Sorgearbeit
- Bessere Unterstützung von selbstständigen Müttern hinsichtlich Elterngeld, Mutterschutz und sozialer Absicherung
- Zugang zu Fördermitteln für Mütter und für Teilzeitselbstständigkeit

Schlussbemerkung

Aus unserer Sicht liegt das zentrale Defizit weniger im Fehlen politischer Maßnahmen als in deren **mangelnder Umsetzungsgerechtigkeit**. Familienpolitik bleibt wirkungslos, wenn sie Care-Arbeit nicht systematisch mitdenkt. Gleichstellung, Armutsprävention und Fachkräftesicherung lassen sich nur erreichen, wenn die Lebensrealitäten von Frauen mit Care-Verantwortung handlungsleitend für landespolitisches Handeln werden.

Kurzfassung

- Die beschriebenen Problemlagen kinderreicher Familien betreffen überwiegend Frauen, insbesondere migrantische Mütter und Alleinerziehende mit mehreren Kindern.
- Landesmaßnahmen bestehen, erreichen diese Frauen in der Praxis jedoch häufig nicht.
- Für Mütter erhöht sich nachweislich das Risiko intergenerationaler Armuts- und Bildungsbenachteiligung durch unflexible Angebote in Bildung & Betreuung
- Teilzeit-Ausbildung scheitert weniger an Arbeitgeber*innen als an schulischen Rahmenbedingungen.
- Selbstständige Mütter mit mehreren Kindern sind strukturell benachteiligt. Fehlende soziale Absicherung (u. a. Mutterschutz, Elterngeld), erschwerter Förderzugang und unzureichende Anerkennung von Care-Arbeit machen Gründung und selbstständige Erwerbstätigkeit für sie besonders riskant.
- Entscheidend ist die Umsetzungsgerechtigkeit bestehender Maßnahmen, nicht deren erneute Aufzählung.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.

gez. Stefanie Kohlmorgen, Johanna Elle
Geschäftsführung

Quellenhinweise

Theresa Bücker: *Alle_Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit*, Ullstein Verlag, Berlin 2022.

Bertelsmann Stiftung: *Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche in Deutschland*, Studie, Gütersloh 2016.

BIBB: Teilzeitangebote an Berufsschulen. <https://www.bibb.de/de/1304.php> 2025.

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: *Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten Familien*, WD 8-075/25. 2025.

Deutsches Jugendinstitut (DJI): *Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten Familien sind in allen Lebensbereichen benachteiligt*, DJI 2024.

KfW Research: *Female Entrepreneurship Mobilisierung von Gründerinnen ist wirtschaftliche Chance und gesellschaftliche Aufgabe*, Studie, Frankfurt am Main, 2022